



# Grundzüge der Volkswirtschaftslehre

Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten

4., aktualisierte Auflage

Peter Bofinger

**EXTRAS**  
ONLINE

ALWAYS LEARNING

PEARSON

## Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Die Informationen in diesem Buch werden ohne Rücksicht auf einen eventuellen Patentschutz veröffentlicht.

Warennamen werden ohne Gewährleistung der freien Verwendbarkeit benutzt.

Bei der Zusammenstellung von Texten und Abbildungen wurde mit größter Sorgfalt vorgegangen. Trotzdem können Fehler nicht ausgeschlossen werden.

Verlag, Herausgeber und Autoren können für fehlerhafte Angaben

und deren Folgen weder eine juristische Verantwortung noch irgendeine Haftung übernehmen.

Für Verbesserungsvorschläge und Hinweise auf Fehler sind Verlag und Autor dankbar.

Alle Rechte vorbehalten, auch die der fotomechanischen Wiedergabe und der Speicherung in elektronischen Medien.

Die gewerbliche Nutzung der in diesem Produkt gezeigten Modelle und Arbeiten ist nicht zulässig.

Es konnten nicht alle Rechteinhaber von Abbildungen ermittelt werden. Sollte dem Verlag gegenüber der Nachweis der Rechtsinhaberschaft geführt werden, wird das branchenübliche Honorar nachträglich gezahlt.

Fast alle Produktbezeichnungen und weitere Stichworte und sonstige Angaben, die in diesem Buch verwendet werden, sind als eingetragene Marken geschützt.

Da es nicht möglich ist, in allen Fällen zeitnah zu ermitteln, ob ein Markenschutz besteht, wird das ®-Symbol in diesem Buch nicht verwendet.

10 9 8 7 6 5 4 3 2 1

19 18 17 16 15

ISBN 978-3-86894-229-3 (Buch)

ISBN 978-3-86326-751-3 (E-Book)

© 2015 by Pearson Deutschland GmbH

Lilienthalstraße 2, 85399 Hallbergmoos, Germany

Alle Rechte vorbehalten

[www.pearson.de](http://www.pearson.de)

A part of Pearson plc worldwide

Programmleitung: Martin Milbradt, [mmilbradt@pearson.de](mailto:mmilbradt@pearson.de)

Lektorat: Elisabeth Prümm, [epruemm@pearson.de](mailto:epruemm@pearson.de)

Korrektur: Petra Kienle

Coverbild: © Christian Müller – Fotolia.com

Herstellung: Philipp Burkart, [pburkart@pearson.de](mailto:pburkart@pearson.de)

Satz: Nadine Krumm, mediaService, Siegen ([www.mediaservice.tv](http://www.mediaservice.tv))

Druck und Verarbeitung: Drukarnia Dimograf, Bielsko-Biała

Printed in Poland

- So kann der Marktmechanismus nicht ohne eine vom Staat bereitgestellte und überwachte *Rechtsordnung* funktionieren: Die *Eigentumsrechte* an den im Marktprozess getauschten Gütern müssen durch den Staat definiert und verteidigt werden. Niemand würde ein Grundstück kaufen, wenn er nicht mit Sicherheit davon ausgehen kann, dass der Verkäufer tatsächlich der rechtmäßige Eigentümer ist. Und niemand würde ein Gut am Markt erwerben, wenn er es sich ungestraft durch Gewalt aneignen kann. Niemand würde ein Gut verkaufen, wenn er nicht sicher sein könnte, dass er die damit erworbene Forderung im Notfall auch gerichtlich durchsetzen kann. Allgemeiner formuliert besteht also eine zentrale Funktion des Staates darin, die *innere Sicherheit* zu gewährleisten.
- Da ein Staat in der Regel auch eine Reihe von Nachbarn hat, ist es zugleich erforderlich, das eigene Land gegenüber Angriffen aus dem Ausland zu sichern. Die Gewährleistung der *äußeren Sicherheit* ist somit eine zweite zentrale Staatsfunktion.
- Auch das für den Gütertausch enorm hilfreiche Instrument des Geldes, d.h. eines allgemein anerkannten Zahlungsmittels (siehe *Kapitel 25*) wäre unter heutigen Verhältnissen ohne den Staat nicht denkbar. Die Währungsordnung gehört also ebenfalls zu den „*konstituierenden Prinzipien*“ (Eucken), die vom Staat für den Wirtschaftsprozess bereitgestellt werden müssen. Wie das Beispiel des Euro verdeutlicht, muss es sich dabei nicht um den Nationalstaat handeln. Es ist durchaus möglich, dass eine Währung von einer europäischen oder sogar einer internationalen öffentlichen Institution in den Umlauf gebracht wird.

Neben diesen fundamentalen Staatsfunktionen, die man auch schon im Modell des *Nachtwächterstaats* des 19. oder 18. Jahrhunderts antreffen konnte, wird heute in den meisten Ländern ein sehr viel breiteres Spektrum an Leistungen durch die öffentliche Hand erbracht. Zu ihrer Klassifikation hat der Finanzwissenschaftler Richard A. Musgrave (1910–2007) eine sehr hilfreiche Dreiteilung entwickelt. Danach lassen sich die ökonomischen Staatsfunktionen in drei große Bereiche unterteilen:

- die *Distributionsfunktion*,
- die *Allokationsfunktion* und
- die *Stabilisierungsfunktion*.

Mit der *Distributionsfunktion* greift der Staat unmittelbar in die Verteilung der Einkommen ein. Wie in *Kapitel 10* verdeutlicht wurde, verteilt der Markt Einkommen nach der Leistungsfähigkeit der Anbieter und den Preisen, die mit den produzierten Gütern erzielt werden können. Das kann dazu führen, dass zahlreiche Arbeitnehmer nicht in der Lage sind, mit ihrem am Markt erzielten Einkommen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie erhalten deshalb ergänzende staatliche Leistungen oder sie werden vollständig durch Transfers – zum Beispiel in der Form des Arbeitslosengelds II – unterstützt. Gleichzeitig sind die meisten Staaten bestrebt, bei der Finanzierung ihrer Aufgaben nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit vorzugehen. Durch eine progressive Einkommensteuer müssen Bezieher höherer Einkommen mehr Steuern (absolut wie auch in Relation zu ihrem Bruttoeinkommen) bezahlen als Steuerpflichtige mit niedrigen Einkommen. Durch die Distributionsfunktion wird somit die am Markt erzeugte Primärverteilung der Einkommen so korrigiert, dass sie den ethischen und sozialpolitischen Zielsetzungen einer Gesellschaft entspricht. Bei der normativen Frage, was eine gerechte Einkommensverteilung ist, kann die Volkswirtschaftslehre keine wissenschaftliche Unterstützung bieten. Sie kann jedoch aufzeigen, wie eine politisch angestrebte Umverteilung so organisiert werden kann, dass die damit zwangsläufig

einhergehenden ökonomischen Verwerfungen möglichst gering gehalten werden. Zudem kann sie untersuchen, wie sich eine wachsende Ungleichheit der Einkommen auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Ein wichtiger Bestandteil der *Distributionsfunktion* ist die Bildungspolitik. Sie sorgt dafür, dass auch Kindern aus einem Elternhaus mit geringem Einkommen die Möglichkeit einer guten Ausbildung und eines hoch qualifizierten Arbeitsplatzes eröffnet wird.

Man kann die Bildungspolitik aber auch als Teil der Allokationsfunktion des Staates begreifen. Bei der *Allokationsfunktion* geht es darum, unterschiedliche Störungen und Defekte des Marktprozesses durch staatliche Eingriffe zu korrigieren. Während die Distributionsfunktion also bewusst darauf abzielt, ein anderes Resultat als das Marktergebnis zu erreichen, soll mit der Allokationsfunktion dafür gesorgt werden, dass dieses auch dann zustande kommt, wenn der Marktprozess gestört ist.

- So soll mit der *Wettbewerbspolitik* (*Kapitel 8*) verhindert werden, dass die Anbieter den vollständigen Wettbewerb in ein Monopol, ein Oligopol oder ein Kartell überführen. Der Staat sorgt also dafür, dass möglichst die Marktergebnisse des vollkommenen Wettbewerbs realisiert werden, die für die Gesellschaft einen maximalen Wohlstand herbeiführen.
- Für eine Reihe von Gütern wäre es schwierig, im Marktprozess einen positiven Preis zu erzielen, obwohl sie für die Nachfrager durchaus von großem Wert sind. Dies gilt insbesondere für das schon genannte Gut „Rechtssicherheit“. Es wäre jedoch technisch kaum realisierbar, dafür von jedem einzelnen „Konsumenten“ einen Preis zu verlangen. Insbesondere wäre es nicht möglich, nichtzahlende Konsumenten vom Genuss eines solchen Gutes auszuschließen. Ähnliche Probleme würden sich bei den Gütern „innere und äußere Sicherheit“ stellen. Ohne den Staat als Anbieter bestünde bei solchen Gütern die Gefahr, dass sie überhaupt nicht angeboten werden. Ein privater Unternehmer wäre nicht in der Lage, hierfür einen positiven Deckungsbeitrag zu erzielen. Güter dieser Art werden deshalb als *öffentliche Güter* bezeichnet.
- Ein besonders wichtiger Bereich der Allokationspolitik ist die *Umweltpolitik*. Ohne staatliche Eingriffe kommt es zu massiven Umweltschäden. Wenn es für die Nutzung der Umwelt keinen Preis gibt, wird ihr „Konsum“ bis zur Sättigungsgrenze ausgeweitet. Deshalb sorgt der Staat in vielen Ländern durch Instrumente der Umweltpolitik dafür, dass Produzenten und Konsumenten bei ihren wirtschaftlichen Entscheidungen auch die Kosten berücksichtigen, die mit der Umweltverschmutzung verbunden sind. Diese Thematik wird in *Kapitel 14* ausführlicher dargestellt.

Im Schnittpunkt von *Allokations-* und *Distributionsfunktion* stehen die großen sozialen Versicherungssysteme (*Gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Soziale Pflegeversicherung*). Das Distributionselement besteht darin, dass mit diesen Systemen in erheblichem Umfang eine Umverteilung zwischen den Mitgliedern stattfindet. In seinem Jahresgutachten 2005/06 hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die sogenannten versicherungsfremden Leistungen und damit die versicherungsfremde Umverteilung dieser Systeme auf rund 65 Mrd. Euro pro Jahr beziffert.<sup>2</sup> Dem Großteil der Beitragszahlungen stehen jedoch äquivalente Versicherungsleistungen gegenüber. Insoweit kann man die sozialen Versicherungssysteme als ein Element der staatlichen Allokationspolitik

<sup>2</sup> Vergleiche dazu Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2005, S. 331.

ansehen. Der staatliche Zwang zum Abschluss einer Versicherung lässt sich damit rechtfertigen, dass die Privaten diese aufgrund eines Kurzfristdenkens (Altersvorsorge) oder aber der Erwartung späterer staatlicher Unterstützungen (schwerer Krankheitsfall) nicht abschließen würden. Wir werden diesen Teilbereich der Allokationspolitik in *Kapitel 13* diskutieren.

Die *Stabilisierungsfunktion* des Staates ergibt sich daraus, dass marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaftssysteme immer wieder zu größeren konjunkturellen Schwankungen neigen. Diese können, wie die „*Große Depression* (1929–1933) und die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 („*Great Recession*“) verdeutlicht haben, sehr stark ausfallen und dabei auch zu einer erheblichen politischen Instabilität führen. Zum Verständnis dieser Staatsfunktion muss man sich ausführlich mit den Prozessen auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene auseinandersetzen. Dies führt in das Feld der *Makroökonomie*, das in den *Kapiteln 15 bis 30* dargestellt wird. Dabei wird deutlich werden, dass der Staat mit der Geldpolitik und der Fiskalpolitik stabilisierend in den Wirtschaftsprozess eingreifen kann. Auf diese Weise können wirtschaftliche Schwankungen vermindert werden, die z.B. durch einen Einbruch der Exportnachfrage oder das Platzen einer spekulativen Blase am Immobilienmarkt (siehe *Kapitel 27*) ausgelöst wurden.

## 11.4 Wie viel Staat braucht die Wirtschaft?

So unstrittig es unter Ökonomen ist, dass der Markt nicht ohne den Staat auskommt, so kontrovers wird im Einzelnen diskutiert, welche Funktionen der Staat konkret wahrnehmen soll und wie intensiv sein Einfluss ausfallen soll. Dies verdeutlichen die in ► *Tabelle 11.1* dargestellten *Staatsquoten* ausgewählter Länder; diese Größe bildet – gleichsam als „Body-Maß-Index“ – den Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt eines Landes ab. Man erkennt daran, dass es ganz unterschiedliche Modelle für die Rolle des Staates in einer Marktwirtschaft gibt. Einen sehr schlanken Staat mit einer Staatsquote von unter 40 % findet man in den meisten angelsächsischen Staaten (allerdings nicht in Großbritannien), aber auch in der Schweiz und in Japan. Über einen sehr umfangreichen Staatssektor mit Staatsquoten von mehr als 50 % verfügen Frankreich, Schweden, Dänemark und Belgien. Deutschland lag im Jahr 2014 mit einer Staatsquote von 44,9 % deutlich unter dem Durchschnittswert des Euroraums (49,3 %).

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ist es in fast allen Ländern dazu gekommen, dass die Staatsausgaben höher waren als die Staatseinnahmen. Darin spiegelt sich zum einen, dass ein Konjunkturunbruch die Staatseinnahmen negativ beeinflusst, da die Steuereinnahmen zurückgehen und die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung steigen. Zum anderen haben sich viele Staaten bemüht, den negativen Nachfrageschock durch zusätzliche Ausgaben und Steuersenkungen zu kompensieren. Obwohl sich die wirtschaftliche Lage inzwischen wieder deutlich stabilisiert hat, weisen viele Staaten noch immer vergleichsweise hohe Haushaltsdefizite auf.

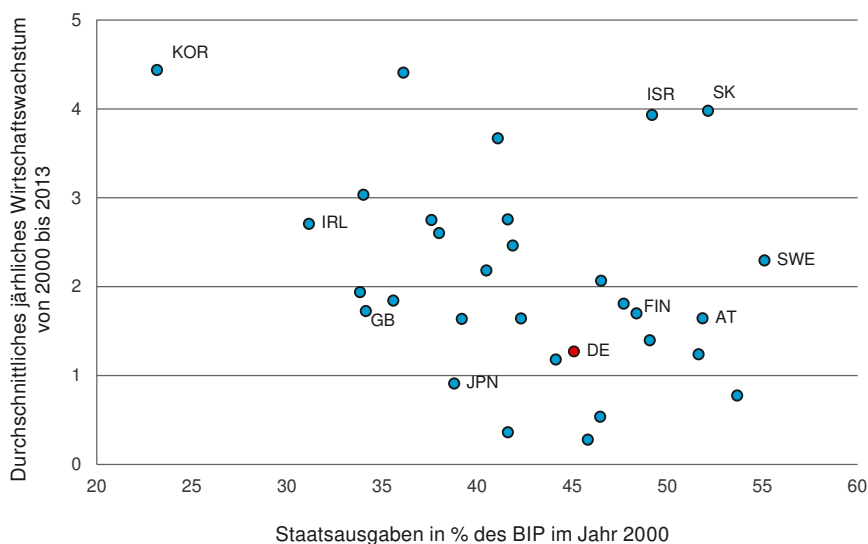
	Staatsausgaben in % des BIP	Staatseinnahmen in % des BIP	Finanzierungssaldo in % des BIP
Schweiz	33,6	33,8	0,2
Australien	36,3	33,8	-2,5
Estland	37,5	37,3	-0,2
Vereinigte Staaten	38,0	32,2	-5,8
Slowakei	38,9	36,2	-2,7
Kanada	40,4	38,3	-2,1
Israel	40,6	36,7	-3,9
Irland	40,8	36,1	-4,7
Neuseeland	41,3	41,3	0,0
Polen	41,7	47,4	5,7
Japan	42,3	34,0	-8,3
Tschechische Republik	42,9	40,8	-2,1
Spanien	42,9	37,4	-5,5
Luxemburg	43,8	44,1	0,3
Deutschland	44,9	44,6	-0,3
Norwegen	45,0	55,7	10,7
Vereinigtes Königreich	46,5	41,2	-5,3
Griechenland	46,6	44,1	-2,5
Island	46,7	44,7	-2,0
Portugal	48,3	44,4	-3,9
Ungarn	49,1	46,2	-2,9
Slowenien	49,8	45,7	-4,1
Niederlande	50,1	47,4	-2,7
Italien	50,6	47,8	-2,8
Schweden	52,4	50,9	-1,5
Österreich	52,6	49,8	-2,8
Belgien	54,3	52,2	-2,1
Frankreich	56,7	52,9	-3,8
Dänemark	58,9	57,4	-1,5
Finnland	59,3	57,1	-2,2

**Table 11.1:** Indikatoren der staatlichen Aktivität im Jahr 2014

Quelle: OECD Economic Outlook 95 Database, eigene Berechnungen.



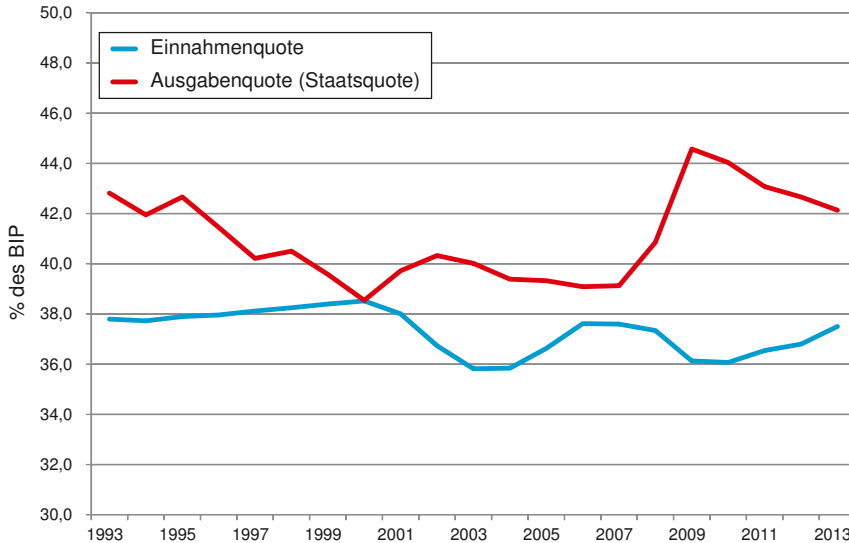
Für viele Ökonomen ist es offensichtlich, dass sich die Wirtschaft umso dynamischer entwickelt, je geringer der Staatsanteil ist. Doch wie die ► *Abbildung 11.1* verdeutlicht, ist die Gleichsetzung „schlanker Staat = dynamischer Staat“ in der Realität nicht ganz so eindeutig. So findet man unter den „Magerstaaten“, d.h. Staaten mit einer niedrigen Staatsquote, in der Tat über längere Zeit hinweg sehr dynamische Volkswirtschaften wie Korea und Irland, zugleich aber auch ausgesprochen wachstumsschwache Länder wie Japan. Umgekehrt können Länder wie die Slowakei, Österreich oder Schweden mit Staatsquoten von teilweise deutlich über 50 % ordentliche Zuwachsraten beim *realen Bruttoinlandsprodukt* aufweisen. Die skandinavischen Länder werden zudem in internationalen Rankings, wie beispielsweise dem „Global Competitiveness Report“ des World Economic Forum, in der Regel als äußerst wettbewerbsstark eingeschätzt. Dies dürfte daran liegen, dass in diesen Ländern sehr viel öffentliches Geld in den Ausbau der Infrastruktur und das Bildungswesen gesteckt wird, was sich positiv auf das Wirtschaftswachstum und die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auswirkt (siehe dazu *Kapitel 28* und *30*).



**Abbildung 11.1:** Wirtschaftswachstum und Staatsquote

Quelle: OECD Economic Outlook Database 95.

Es gibt daher keine Formel für die optimale Staatstätigkeit, die für alle Länder gleichermaßen gilt. Entscheidend ist, dass staatliche Mittel effizient eingesetzt werden müssen. Das Beispiel der skandinavischen Länder verdeutlicht zugleich, dass von der Globalisierung keinesfalls ein Zwang zu einem mageren Staat ausgeht. Vielmehr ist es den OECD-Ländern in den beiden vergangenen Jahrzehnten insgesamt trotz einer zunehmenden Integration von Güter- und Finanzmärkten gelungen, die Staatsquote sowie die Relation der Einnahmen zur Wirtschaftsleistung nahezu konstant zu halten (► *Abbildung 11.2*). Es ist somit nicht zutreffend, wenn von manchen Politologen oder Soziologen aufgrund der Globalisierung generell das Ende des Nationalstaates eingeläutet wird.



**Abbildung 11.2:** Staatseinnahmen- und Staatsausgaben der OECD-Länder im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in %)

Quelle: OECD Economic Outlook 95 Database.

### Box 11.1 Staaten im Wettbewerb (Tiebout-Modell)

Die großen Unterschiede in den Einnahmequoten der einzelnen Länder zeigen, dass es durch die Globalisierung nicht zwangsläufig zu einer Angleichung der Steuersätze kommen muss. Die Erklärung hierfür wurde im Jahr 1956 von Charles Tiebout in seinem berühmten Artikel „A Pure Theory of Local Expenditures“ gefunden. Für Tiebout konkurrieren öffentliche Gemeinwesen um Bürger, die frei zwischen Standorten wählen können. Ähnlich wie beim Wettbewerb zwischen Hotels gibt es dann Staaten, die ein sehr umfassendes Angebot an öffentlichen Gütern bieten und dafür aber auch hohe Steuern einfordern. Daneben existieren Gemeinwesen, die bei einer niedrigen Abgabenbelastung einen eher bescheidenen Standard an Infrastruktur und sonstigen öffentlichen Ausgaben (z.B. Bildung) bieten. Im Modell von Tiebout entscheiden sich die Menschen aufgrund ihrer Präferenzen für einen bestimmten Typ eines Gemeinwesens. Eine stabile Koexistenz zwischen Gemeinwesen mit einer hohen Abgaben- und Staatsquote und Staaten mit geringen Steuern und Ausgaben ist damit durchaus möglich. Natürlich ist es in der Realität für den Bürger eines Landes nicht ganz so einfach, ins Ausland abzuwandern, wenn er das Preis-Leistungs-Verhältnis seines Heimatlandes nicht im Einklang mit den eigenen Präferenzen sieht. Gleichwohl bietet das Tiebout-Modell eine wichtige Erklärung dafür, dass die skandinavischen Länder trotz einer sehr hohen Abgabenbelastung als sehr wettbewerbsfähige Standorte angesehen werden.



## 11.5 Zur Vertiefung: Ludwig Erhard – der Vater des deutschen Wirtschaftswunders

Für die Wirtschaftsordnung in Deutschland, die oft auch als „Soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet wird, kommt Ludwig Erhard eine wichtige Rolle zu. Seine wichtigsten biografischen Daten finden Sie am Ende dieses Kapitels. Schon vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs dachte Erhard an die Zeit danach und arbeitete intensiv an Plänen für eine Wirtschaftsordnung, die die von Hitler für die Kriegswirtschaft eingeführte Planwirtschaft ersetzen sollte. Diese Konzeption konnte Erhard dann als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der amerikanischen und der britischen Zone („Bizone“) im Jahr 1948 umsetzen. Er legte damit das Fundament der Wirtschaftsordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“. Die geniale Synthese aus Markt und sozialer Absicherung war wesentlich für das *Wirtschaftswunder* verantwortlich, das es Westdeutschland ermöglichte, sich in kaum mehr als einem Jahrzehnt aus den Ruinen des Zweiten Weltkriegs zu einem wirtschaftlich starken und auch politisch wieder weltweit anerkannten Staat zu entwickeln.

Ludwig Erhard war von 1949 bis 1963 Bundeswirtschaftsminister unter Konrad Adenauer, wobei es zwischen diesen beiden unterschiedlichen Charakteren ständig Konflikte gab: Adenauer war trotz seiner rheinländischen Herkunft ein sehr akribischer Workaholic, Erhard war eher an den großen Linien als an der Detailarbeit interessiert. Er liebte das angenehme Leben und das Reisen mehr als die trockene Verwaltungsarbeit. Diese anhaltenden Spannungen waren auch ein entscheidender Grund dafür, dass sich Adenauer erst mit 87 Jahren gleichsam als Methusalem aus dem politischen Geschäft zurückzog, sodass Erhard schließlich im Jahr 1963 Bundeskanzler werden konnte. Diese letzte politische Phase Erhards stand unter keinem guten Stern. Obwohl die wirtschaftliche Dynamik mit 5 % realem Wachstum (1964–1966) aus heutiger Sicht geradezu phänomenal erscheint und die Arbeitslosenquote bei nur 0,7 % lag, diagnostizierte man damals eine „Wirtschaftskrise“, weil die Wirtschaft im Lauf des Jahres 1966 etwas an Fahrt verlor. Erhard wurde im Jahr 1966 von der eigenen Partei zum Rücktritt gedrängt und verließ die politische Bühne als „lame duck“.

Das Interesse an der Person Ludwig Erhard und an seinen Ideen ist nach wie vor hoch – nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland. Dies verdeutlicht die sehr lesenswerte Biografie, die von Alfred Mierzejewski, einem Professor an der University of North Texas, im Jahr 2004 veröffentlicht wurde und auch in deutscher Übersetzung auf dem Markt ist (Mierzejewski, 2005).

Im Folgenden sollen die wichtigsten Einsichten von Ludwig Erhard anhand von sechs Lektionen dargestellt werden, in denen teilweise Zusammenhänge aufgegriffen werden, die bereits angesprochen worden sind. Die Grundlage für das Verständnis von Erhard ist sein Buch „Wohlstand für alle“ aus dem Jahr 1957.<sup>3</sup>

### Erste Lektion: Der Markt ist das überlegene Organisationsprinzip für eine arbeitsteilige Wirtschaft

Die größte geschichtliche Leistung Erhards bestand darin, dass er sich im Jahr 1948 vehement und gegen den großen Widerstand der meisten deutschen Politiker – und auch teilweise der Besatzungsmächte – für das Ordnungsprinzip der Marktwirtschaft eingesetzt hat. Wie schwierig diese Aufgabe war, wird daran deutlich, dass sogar die

---

<sup>3</sup> Vergleiche dazu die Erstauflage des Buches (Erhard, 1964).

CDU 1947 in ihrem „Ahlener Programm“ eine „Vergesellschaftung der Schwerindustrie und eine staatliche Planung der Wirtschaft“ gefordert hatte. Es ist Erhards Verdienst, dass er für Westdeutschland nicht nur eine marktwirtschaftliche Ordnung etabliert hat, sondern dass er an diesem Ordnungsprinzip auch gegen viele Widrigkeiten unbeirrt festgehalten hat. Denn es gab in den Anfangsjahren nicht unerhebliche wirtschaftliche Probleme in Westdeutschland: Die Arbeitslosigkeit und die Preise stiegen nach 1948 zunächst deutlich an. Es kam am 12. November 1948 sogar zu einem Generalstreik gegen seine Politik. Es dauerte bis zum Frühjahr 1951, bis erstmals klar und deutlich erkennbar war, dass es sich bei der Marktwirtschaft tatsächlich um eine Erfolgsgeschichte handelt.

Auch heute noch – und vielleicht mehr noch als vor zehn oder zwanzig Jahren – gibt es berechnete wie unberechnete Zweifel am System der Marktwirtschaft. Teilweise sind sie darauf zurückzuführen, dass die Funktionsweise dieser Wirtschaftsordnung nicht immer ganz verstanden wird. Dies zeigte die Diskussion, die im Jahr 2005 vom damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering ausgelöst worden war. Er beklagte sich über ausländische Investoren, die wie *Heuschrecken* aus dem Ausland einfliegen würden, sich deutsche Unternehmen unter den Nagel reißen und sie dann mehr oder weniger kahlfressen würden. Doch dieses suggestive Bild verkennt die Prinzipien der Marktwirtschaft. Da ist zunächst einmal der deutsche Eigentümer des Unternehmens. Niemand zwingt ihn, sein Unternehmen unter Wert zu verkaufen. In einer Marktwirtschaft wird es zudem für ein profitables Unternehmen immer mehrere Interessenten geben und in der Regel wird derjenige den höchsten Preis bezahlen, der sich die besten Gewinnaussichten verspricht. Und das ist normalerweise ein Investor, der ein Interesse hat, das Unternehmen fortzuführen, und der dafür auch über ein gutes Konzept zu verfügen glaubt. Man spricht dabei auch davon, dass es in der Marktwirtschaft eine Tendenz gibt, wonach es zu einer „Wanderung zum besten Wirt“ kommt. Natürlich kann ein Investor auch daran denken, das von ihm erworbene Unternehmen nach einiger Zeit mit Gewinn weiterzuverkaufen. Aber eine solche Strategie wird nur dann Erfolg versprechend sein, wenn der Betrieb in der Zwischenzeit wettbewerbsfähiger geworden ist. Dies kann dadurch geschehen, dass ein Investor zum Beispiel neue Synergien nutzbar machen konnte, natürlich auch dadurch, dass unproduktive Arbeitnehmer entlassen werden. Aber was beim Weiterverkauf in der Regel keinen Gewinn bringt, ist eine Unternehmenspolitik nach Heuschreckenart, sprich ein Kahlschlag, bei dem zuvor die Substanz verschleudert und fähige Mitarbeiter entlassen wurden.

Man erkennt daran ein wichtiges Grundprinzip einer Marktwirtschaft: Wer Gewinne erzielen will, muss in der Regel auch etwas Vernünftiges anzubieten haben. Und so ist es gerade das langfristig orientierte Gewinnstreben, welches – wie in *Kapitel 1* gezeigt – dafür sorgt, dass sich die Anbieter an den Interessen ihrer Kunden orientieren müssen. Hierin besteht der große Unterschied zu Planwirtschaften, die unter einem allgemeinen Gütermangel litten und es deshalb den Anbietern ermöglichten, sich überhaupt nicht um die Wünsche ihrer Nachfrager zu kümmern (*Kapitel 4*). Erhard war sich dieses grundlegenden Unterschieds sehr bewusst. In der Planwirtschaft dominiert der Verkäufer, in der Marktwirtschaft ist der Kunde König. In den Worten von Erhard:

*„Auf dem Wege über den Wettbewerb wird – im besten Sinne des Wortes – eine Sozialisierung des Fortschrittes und des Gewinns bewirkt und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten.“ (Erhard, 1964, S. 8).*

## Zweite Lektion: Wie das System des Straßenverkehrs benötigt auch das System der Marktwirtschaft „kluge Regeln“

Wir alle schätzen den Individualverkehr, weil er uns eine große Bewegungsfreiheit ermöglicht. Aber es ist uns auch bewusst, dass ein solches System nur dann funktionieren kann, wenn es verbindliche Regeln gibt, an die sich alle Verkehrsteilnehmer halten müssen. Und es ist offensichtlich, dass diese Regeln nicht auf einer freiwilligen Basis entstehen werden; man benötigt hierfür die ordnende Hand des Staates. Nicht anders ist es bei dem System der Marktwirtschaft. Ludwig Erhard hat das wie folgt formuliert:

*„Es ist darum eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, die Erhaltung des freien Wettbewerbs sicherzustellen.“ (Erhard, 1964, S. 9).*

Dabei kommt es ähnlich wie beim Straßenverkehr darauf an, nicht alles und jedes zu regeln, da sonst dem System seine Dynamik genommen wird. Mit seiner Abneigung gegen eine überbordende Bürokratie würde Erhard auch heute noch „Standing Ovation“ bekommen. So schrieb er in seinem Buch „Wohlstand für alle“:

*„Ich finde nichts ungerechter, als dass ein Mensch, der ehrlich gearbeitet hat, erst einmal vor einem Schalterbeamten seine Hose lüften muss, um einen Bezugsschein zu erhalten.“ (Erhard, 1964, S. 67).*

Zu den Regeln, die erforderlich sind, damit das System der Marktwirtschaft nicht zum Selbstzweck wird, sondern möglichst vielen Menschen dient, zählen natürlich auch die vielfältigen Mechanismen der sozialen Sicherung und Umverteilung. Erhard war sich dessen voll bewusst, wenn er feststellte, „dass auch eine noch so gute Wirtschaftspolitik der Ergänzung durch sozialpolitische Maßnahmen bedarf.“ (Erhard, 1964, S. 246). So gab es unter Erhard eine ausgesprochen progressiv ausgestaltete Einkommensteuer. Das Wirtschaftswunder begann mit einem Spitzensteuersatz von 80 Prozent, 1954 wurde er auf 70 Prozent und ab 1958 auf 53 Prozent gesenkt.<sup>4</sup> Der westdeutsche Staat benötigte in der Nachkriegszeit viel Geld:

- für die Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten,
- für den Lastenausgleich zwischen denen, die im Krieg ihr Eigentum verloren hatten, und denen, die es behalten konnten, und vor allem auch
- für die Förderung des Wohnungsbaus, um die kriegsbedingte Wohnungsknappheit zu überwinden.

Erhard war jedoch kein Anhänger einer umfassenden staatlichen Umverteilung. Im Gegenteil: Seiner Meinung nach ergab sich das Soziale an der Marktwirtschaft vor allem daraus, dass diese Wirtschaftsordnung zu einem deutlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts führen würde, womit sich dann auch die Lage der sozial Schwächeren bessern ließe, ohne die Einkommen der „Reichen“ zu reduzieren. Er betonte deshalb,

<sup>4</sup> Siehe dazu Bach (2013).

*„dass die gerade von mir angestrebte Erhöhung des Lebensstandards nicht so sehr Verteilungs- als vielmehr Produktions- bzw. Produktivitätsprobleme berührt. Die Lösung liegt nicht in der Division, sondern in der Multiplikation des Sozialprodukts.“ (Erhard, 1964, S. 216).*

Erhard kann deshalb durchaus als ein früher Verfechter der heute in so vielen Sonntagsreden eingeforderten „Eigenverantwortung“ angesehen werden, wenn er feststellte:

*„Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstversorgung gewährleistet ist.“ (Erhard, 1964, S. 246).*

Erhard schwebte ein Menschenbild vor, bei dem der Einzelne sagt:

*„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“ (Erhard, 1964, S. 251).*

Der Ruf dürfe deshalb nicht lauten:

*„Du, Staat, komm mir zu Hilfe, schütze mich und hilf mir.“ (Erhard, 1964, S. 252).*

Auf der anderen Seite war Erhard wohl auch kein Anhänger eines Kapitalismus angelsächsischer Prägung, der sich durch einen sehr mageren Staat mit nur gering ausgeprägten kollektiven Sicherungsmechanismen auszeichnet. Erhard war der Auffassung, dass soziale Sicherheit in „hohem Maße wünschenswert“ sei und er sah ein zentrales Ziel seiner Wirtschaftspolitik darin,

*„Millionen von Menschen, die noch immer mit den Sorgen des Alltags belastet sind, endgültig von diesen Kümernissen zu befreien.“ (Erhard, 1964, S. 234).*

Ludwig Erhards Modell der Sozialen Marktwirtschaft zielte also darauf ab, das Soziale in erster Linie auf dem Wege einer allgemeinen Wohlstandsmehrung und damit durch die Leistungsbereitschaft eines jeden einzelnen zu erreichen. Zugleich sollte das Ganze aber auch durch eine staatliche *Sozialpolitik* abgesichert werden, die so beschaffen sein muss, dass sie den Schwachen hilft, ohne die Leistungsanreize zu beschädigen.

Das ist eine schwierige Gratwanderung. Es gibt dabei keine von vornherein optimale Lösung, und wie bei den Verkehrsregeln und anderen staatlichen Eingriffen wird man auch bei der staatlichen Regelung des Wirtschaftssystems Lösungen finden müssen, die zu den kulturellen und gesellschaftlichen Verhältnissen eines Landes passen. So sind wir in Deutschland im Vergleich zu den Vereinigten Staaten sehr liberal, was die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen angeht, dafür sind dort die Regelungen über den Besitz von Waffen ausgesprochen freizügig.

# Copyright

Daten, Texte, Design und Grafiken dieses eBooks, sowie die eventuell angebotenen eBook-Zusatzdaten sind urheberrechtlich geschützt. Dieses eBook stellen wir lediglich als **persönliche Einzelplatz-Lizenz** zur Verfügung!

Jede andere Verwendung dieses eBooks oder zugehöriger Materialien und Informationen, einschließlich

- der Reproduktion,
- der Weitergabe,
- des Weitervertriebs,
- der Platzierung im Internet, in Intranets, in Extranets,
- der Veränderung,
- des Weiterverkaufs und
- der Veröffentlichung

bedarf der **schriftlichen Genehmigung** des Verlags. Insbesondere ist die Entfernung oder Änderung des vom Verlag vergebenen Passwortschutzes ausdrücklich untersagt!

Bei Fragen zu diesem Thema wenden Sie sich bitte an: [info@pearson.de](mailto:info@pearson.de)

## Zusatzdaten

Möglicherweise liegt dem gedruckten Buch eine CD-ROM mit Zusatzdaten bei. Die Zurverfügungstellung dieser Daten auf unseren Websites ist eine freiwillige Leistung des Verlags. **Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.**

## Hinweis

Dieses und viele weitere eBooks können Sie rund um die Uhr und legal auf unserer Website herunterladen:

**<http://ebooks.pearson.de>**